

Solidarität lernen (?)

Das Potenzial freiwilligen Engagements
für politische Bildungsprozesse in Migrationsgesellschaften

Zusammenfassung der Ergebnisse

Brigitte Kukovetz & Annette Sprung

Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Mit weiteren Beiträgen von:

Elias Moser und Evelyn Kulmer

Graz, 2020

Im Sommer 2015 stieg die Zahl der nach Österreich geflüchteten Personen im Vergleich zu den Vorjahren stark an. Die Medien zeigten erschreckende Bilder über Menschen, die auf der Flucht gestorben sind und menschenunwürdige Zustände in Unterkünften für Geflüchtete in der Türkei und an den EU Außengrenzen. Dadurch begann die so genannte Zivilgesellschaft sich verstärkt für Geflüchtete zu engagieren – zum Teil auch auf Grund mangelhafter staatlich organisierter Unterstützung. Das Engagement der Freiwilligen für die Geflüchteten war über Wochen hinweg sehr groß und viele Freiwillige blieben auch mittel- und langfristig für Geflüchtete engagiert: sie übernahmen unterschiedlichste Tätigkeiten im sozialen und pädagogischen Bereich, wie etwa die Begleitung zu Behörden und Ärzt*innen, die Deutschförderung, die Unterstützung in der Wohnungssuche, oder die gemeinsame Freizeitgestaltung.

Das Forschungsprojekt „Solidarität lernen (?)“ untersuchte die subjektiven Lernprozesse der Freiwilligen während ihres Engagements und legte dabei den Fokus auf deren politische Bildung. Das Projekt (2018-2019) wurde vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 8 – Gesundheit, Pflege und Wissenschaft, und von der Stadt Graz, Abteilung für Bildung und Integration, gefördert. Durchgeführt wurde das Projekt von Brigitte Kukovetz, unter der Leitung von Annette Sprung, am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz. Als Kooperationspartner*innen wirkten das Institut für Philosophie der Universität Graz, die Stadt Graz/Integrationsreferat, die FH Joanneum/Studiengang Soziale Arbeit und die Volkshilfe Steiermark an der Studie sowie dem Transfer der Ergebnisse mit.

Die Analyse der (politischen) Bildungsprozesse der Freiwilligen wurde in eine kritische Betrachtung der gesellschaftspolitischen Entwicklungen eingebettet. Überdies ging es darum, aus philosophischen Überlegungen und den empirischen Ergebnissen heraus eine tragfähige Solidaritätskonzeption mit/unter geflüchteten Menschen zu erarbeiten. Die Erkenntnisse der Forschung wurden auf ihre praktischen Konsequenzen für die politische Erwachsenenbildung hin reflektiert: Welche Potenziale hat politische Bildung, um besorgniserregenden Spaltungstendenzen mit positiven Konzepten zu begegnen? Die Ergebnisse wurden mit den Kooperationspartner*innen in Hinblick auf potentielle Bildungsmaßnahmen für Freiwillige diskutiert und als Empfehlungen formuliert.

Im Mittelpunkt der Studie stehen folgende fünf Themenfelder:

1. Motivation sowie förderliche/behindernde Faktoren für das Engagement
2. Bildungsprozesse und deren gesellschaftspolitische Bedeutung
3. Entwicklung eines angemessenen Solidaritätsverständnisses
4. Kritische Analyse der gesellschaftspolitischen Funktion von „Flüchtlingshilfe“
5. Potenziale der Erwachsenenbildung und für die Erwachsenenbildung

1 Motivation sowie förderliche/behindernde Faktoren für das Engagement

Im freiwilligen Engagement zeigt sich ein Trend dahingehend, dass traditionelle Engagementformen, wie etwa in Wohlfahrts- und Jugendverbänden, im konfessionellen Milieu oder in Parteien und Gewerkschaften abnehmen. Freiwillige engagieren sich eher in flexiblem, zeitlich begrenzten und projektorientierten Formen (vgl. Zimmer/Vilain 2005: 114f.). Die Entwicklungen hin zum selbstorganisierten Engagement zeigten sich auch in unserer Studie.

Freiwillig engagierte Personen werden aus unterschiedlichen Motiven tätig, und oft führen mehrere Beweggründe zu einem Engagement. So konnten wir selbstbezogene Motive ebenso ausmachen wie solche, die als altruistisch bezeichnet werden können. Viele Freiwillige wünschen sich, Menschen in

schwierigen Lebenssituationen zu helfen und das Leid von Geflüchteten zu verringern, wie es unter dem Begriff der Empathiesolidarität (Zulehner 1996: 52) gefasst werden kann. Auch der Glaube an eine so genannte „Kontingenz des Seins“ (Hubmann und Kapeller 2012: 144), also dass wir selbst zu einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort in die gleiche Situation wie die Geflüchteten kommen könnten, kann ausschlaggebend für ein Engagement sein. Viele Freiwillige sehen sich selbst als privilegiert an und möchten aus Dankbarkeit heraus anderen Menschen in Not helfen. Freiwillige führen auch stärker gesellschaftspolitische Gründe an, wie etwa den Wunsch, eine Wiederholung historischer Gräueltaten zu vermeiden oder ein Zeichen gegen aktuelle Anfeindungen gegenüber Geflüchteten, gegen Rassismen und/oder die damals aktuelle Migrationspolitik zu setzen.

Neben solchen expliziten Motivationen führen auch unterschiedliche biographische Erfahrungen und Prägungen zu einem Engagement. Zu nennen wären hier die eigene (frühere) Betroffenheit der Unterstützenden (also dass sie selbst migriert und/oder geflohen waren), Vorerfahrungen in anderem (zum Teil thematisch ähnlichem) Freiwilligenengagement oder positive Erfahrungen durch die Eltern, die besonders liberal und oder humanitär ausgerichtet waren. Auch passende eigene Ressourcen oder Kompetenzen zeigten sich als förderlich für die Aufnahme eines freiwilligen Engagements. Die Motive der Freiwilligen wirken selbstverständlich auch während des Engagements weiter. Daneben gibt es noch weitere Antriebsfaktoren, welche die Freiwilligen bestärken. Viele Aspekte müssen hier sehr differenziert betrachtet werden, da die Erfahrungen der Freiwilligen vielfältig sind.

Freiwillige erleben die Aktivitäten gemeinsam mit den Geflüchteten als sehr positiv und sehen in diesen Tätigkeiten selbst eine große Bereicherung für ihr Leben. Nichtsdestotrotz wurde auch von Enttäuschungen berichtet, etwa wenn die Geflüchteten nicht entsprechend den Erwartungen der Unterstützenden handeln. Je nachdem, wie mit solchen Erfahrungen umgegangen wird, können Freiwillige hieraus neue Sichtweisen gewinnen und etwas lernen, oder aber die Erfahrungen als vorrangig belastend wahrnehmen, die das Engagement auch einschränken können.

Vorrangig belastend werden die schlechten Lebensumstände der Geflüchteten, die migrations- und integrationspolitischen Vorgaben und Einschränkungen für Geflüchtete, sowie mit zunehmender Zeit die Erfahrungen von negativen Asylentscheidungen und Abschiebungen wahrgenommen. Freiwillige müssen sich überdies oftmals gegen Anfeindungen ihnen sowie den Geflüchteten gegenüber wehren. Insofern werden jene Momente als bestärkend erlebt, in welchen die Freiwilligen eine gesellschaftliche Anerkennung für ihre Tätigkeiten erhalten (etwa von politischer oder administrativer Seite). Andererseits bleibt gerade diese – sowohl finanzielle als auch symbolische – Anerkennung oft aus. Die fehlende Anerkennung von außen ist ein Grund dafür, dass besonders die Vernetzung und der Austausch mit anderen Freiwilligen als stärkend empfunden und auch gesucht wird.

2 Bildungsprozesse und deren gesellschaftspolitische Bedeutung

Studien zum Lernen in Bürgerinitiativen und in sozialen Bewegungen (vgl. Trumann 2013, Foley 1999, Hall et al. 2012, Duguid/Mündel/Schugurensky 2013) zeigen: Freiwilliges Engagement bildet! Dies bestätigen auch Forschungen im Feld Flucht und Migration (vgl. Jungk/Morrin 2017, Ziese/Gritschke 2016). Bildungsprozesse laufen zumeist informell ab und umfassen unterschiedlichste Aspekte, von personalen, über soziale/pädagogische, sachbezogene bis hin zu politischen Kompetenzen und Reflexionsfähigkeit. Wir analysierten die Ergebnisse unter dem Blickwinkel vorrangig politischer Bildungsprozesse. Unseren Fokus richteten wir überdies auf die Frage, inwiefern von transformativer Bildung (vgl. Koller 2012, Hoggan 2016) gesprochen werden kann – im dem Sinne, dass das Subjekt aus dem Erfahrungsprozess verändert hervorgeht.

Die Interviews zeigen, dass viele der Freiwilligen Krisenerfahrungen erleben, welche nach transformativer Bildungstheorie Impulse für Bildungs- und Veränderungsprozesse geben können. Diese Krisenerfahrungen bestehen darin, dass die Freiwilligen sich erstens einem hohen Rechtfertigungsdruck gegenüber ihrer sozialen Umgebung für ihre Tätigkeiten ausgesetzt sehen. Zweitens berichten viele von einer richtiggehenden Erschütterung ihrer Vorstellung von Österreich als einem funktionierenden Rechtsstaat. Und schließlich führt drittens die emotionale Verbundenheit der Freiwilligen mit den Geflüchteten zu einem starken und oftmals sehr belastenden Mitleiden mit negativen Erlebnissen der Geflüchteten.

Manche der Bildungsprozesse, die wir feststellen konnten, sind auf diese Krisenerfahrungen zurückzuführen und in einigen individuellen Fällen gehen wir davon aus, dass von transformativer Bildung gesprochen werden kann. Für eine tatsächliche Einordnung diesbezüglich müssten jedoch zusätzliche biographisch narrative Interviews durchgeführt werden.

Im Folgenden stellen wir die Bildungsprozesse der Freiwilligen überblicksmäßig vor. Die Engagierten erweiterten ihren Erfahrungshorizont, indem sie neue Erkenntnisse über andere Länder und deren Strukturen, Entwicklungen, Geschichte und aktuelle Politik gewannen. Sie begannen die eigene Position und Verortung in der Gesellschaft zu reflektieren, indem sie mit neuen Lebensrealitäten (des Krieges, der Flucht, der Abschiebungsgefährdung etc.) sowie Sichtweisen konfrontiert wurden. Die Begleitung der Geflüchteten zu Interviews beim Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen, sowie bei ihren Bemühungen um Arbeit, Sprach- und Ausbildung konnte auch zur Reflexion politisch hegemonialer Konzepte führen. Dies betrifft etwa die Frage, wer warum zu einer Gemeinschaft gehören darf und warum, oder welches Verständnis von „Integration“ politische und juristische Entscheidungen prägt. Die Freiwilligen entwickelten somit ein kritisches Verständnis politischer Zusammenhänge. In diesem Kontext sind auch konkrete demokratische und bürgerschaftliche Kompetenzen zu erwähnen, welche sich die Unterstützenden im Rahmen ihrer Tätigkeiten aneigneten. Dies sind etwa Know-how in Hinblick auf Sensibilisierungsarbeit der lokalen Bevölkerung oder die Organisation von politischen Protestaktionen.

Die Reflexionsfähigkeit wurde aber nicht nur gegenüber gesellschaftlichen Konzepten gestärkt, sondern auch hinsichtlich eigener Vorurteile (etwa gegenüber männlichen Muslimen) und Wertvorstellungen (z. B. hinsichtlich der Haltung zur Pflege von Angehörigen oder im Arbeitsleben). Ein weiteres Lernfeld stellt unseres Erachtens die Reflexion der sozialen Beziehungen zwischen Freiwilligen und Geflüchteten dar, wobei wir in dieser Hinsicht nur wenige Veränderungen feststellen konnten. Dies wäre – unter anderem – ein Potential für Weiterbildungen in diesem Feld (s. Punkt 5.)

3 Entwicklung eines angemessenen Solidaritätsverständnisses (Teilstudie von Elias Moser)

Eine moralphilosophische Herangehensweise an Begriffe, wie denjenigen der Solidarität, die einen normativen, d. h. wertenden Charakter aufweisen, besteht zunächst in einer Begriffsanalyse. Darauf aufbauend wird gefragt, ob ein möglicherweise im Begriff enthaltenes Werturteil auf einer kritischen Ebene tatsächlich auch gerechtfertigt ist. Der Begriff der Solidarität enthält i.d.R. ein Werturteil – eine solidarische Handlung ist wünschenswert, richtig, wertvoll und evtl. sogar verpflichtend. Ein philosophischer Beitrag für das Projekt „Solidarität lernen (?)“ hat also darin bestanden, den Begriff der Solidarität zu bestimmen.

Drei Aspekte der Konzipierung eines für das Projekt einschlägigen und die empirische Untersuchung brauchbaren Konzepts haben sich im Verlaufe des Projekts als zentral erwiesen: Erstens ist Solidarität nicht bloß eine Einstellung, sondern notwendigerweise auch als ein Handeln zu verstehen. Das Phänomen kann nicht nur durch das Spezifikum der Motivation der handelnden Person, welches ein wichtiger Bestandteil der Solidarität ist, beschrieben werden. Solidarität braucht ein Aktiv-Werden der solidarischen Person. Zweitens muss eine Konzeption der Solidarität normativ angelegt sein, wodurch Handlungsanweisungen für Individuen und Institutionen formuliert werden können. Die solidarische Handlung ist i.d.R. wünschenswert und soll gefördert werden, muss aber nicht als verpflichtend angesehen werden. Somit ist eine solche Handlung als „supererogatorische Handlung“ zu verstehen. Drittens ist eine spezifische Wertegemeinschaft *keine* notwendige Voraussetzung für solidarisches Handeln. Solidarität als eine Handlung aus einem Gefühl der Mitverantwortlichkeit soll auch gegenüber „Fremden“ möglich sein.

Auf dieser Grundlage hat sich das Projektteam vertieft mit normativen Fragen über die „Legitimität“ von Solidarität auseinandergesetzt, bzw. mit der Frage ob solidarische Handlungen für eine Gesellschaft notwendig und wertvoll ist, oder ob es auch moralisch problematische Formen der Solidarität geben kann.

4 Kritische Analyse der gesellschaftspolitischen Funktion von „Flüchtlingshilfe“

Freiwilligenarbeit im Feld Flucht und Migration stellt einen wichtigen und positiven Ausdruck bürgerschaftlicher Beteiligung dar. Die Freiwilligen selbst nehmen ihr Engagement zum Großteil sehr positiv wahr – die wertvolle Funktion von Freiwilligenarbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und im speziellen für die Inklusion von Geflüchteten/Migrant*innen ist unbestritten (vgl. Becker/Sepp/Strachwitz 2016, Han-Broich 2012: 148ff).

Es wurde aber, gerade rund um die Geschehnisse im Spätsommer 2015, auch deutlich, dass Freiwilligenarbeit eine Verlagerung staatlicher Aufgaben an die so genannte Zivilgesellschaft bedeuten kann. Die „Ressource Gemeinschaft“ wird vom Staat angerufen (vgl. van Dyk und Misbach 2016), mit Ulrich Bröckling (2005) kann dies als eine „Regierungstechnologie“ bezeichnet werden. Einige Freiwillige in unserem Sample nehmen diese Entwicklung wahr und kritisieren sie, sehen aber gleichzeitig keine Alternativen zu ihrem unbezahlten Engagement für Geflüchtete.

In einer Analyse der Machtverhältnisse in der Freiwilligenarbeit zeigte die Studie, dass die Beziehungen zwischen Unterstützenden und Geflüchteten das gesellschaftliche Ungleichgewicht widerspiegeln. Es fanden sich teilweise paternalistische Ansätze und Umgangsformen. So traten manche Unterstützende beispielsweise gegenüber den – ebenfalls erwachsenen – Geflüchteten stark erzieherisch auf. Oder aber es stand der Anspruch der „Emanzipation“ der Geflüchteten im Vordergrund, welches laut Michael Barnett (2017) durchaus zuweilen ein typisches Charakteristikum für paternalistische Handlungen sein könne. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Unterstützenden die Definitionsmacht darüber beanspruchen, welche Aktivitäten und Handlungen zur Emanzipation beitragen würden. Paternalismus muss aber im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen gesehen werden. Freiwillige reproduzieren – und zum Teil verstärken – die gesellschaftlichen Machtasymmetrien und können diese manchmal trotz intensiver Bemühungen um eine symmetrische Beziehung nicht auflösen.

5 Potenziale der Erwachsenenbildung und für die Erwachsenenbildung

5.1 Anforderungen an non-formale Bildungsangebote für freiwillig Engagierte in der Flüchtlingsarbeit (Teilstudie von Evelyn Kulmer)

Im Zuge der Teilstudie von Evelyn Kulmer konnten verschiedene Anforderungen an non-formale Bildungsangebote zur Unterstützung von Freiwilligen in ihrem Engagement für Geflüchtete erhoben werden. Um diesen gerecht zu werden, stehen Bildungsangebote vor der Herausforderung, in ihrer Planung und Durchführung flexibel auf die Bedürfnisse der Freiwilligen eingehen zu können, die angesichts der Summe an verschiedenen Voraussetzungen und unterschiedlichen Tätigkeiten sehr divers sind. So muss neben den Tätigkeiten auch die Biographie der Freiwilligen berücksichtigt werden. Einige Freiwillige konnten wertvolle Erfahrungen und Kompetenzen aus ihrer Ausbildung und Berufstätigkeit mitnehmen. Andere wiederum erhielten hilfreiches Wissen durch die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten. Teilnehmendenorientierung spielt somit eine sehr große Rolle.

Es konnten wichtige inhaltliche Themen und Kompetenzen sowie Methoden erfasst werden, wie eine Auseinandersetzung mit dem kulturellen Hintergrund von Geflüchteten und die Reflexion über eigene Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen zeigte sich, dass Bildungsangebote den Bedingungen im freiwilligen Engagement angepasst werden müssen, um Freiwillige zeitlich und finanziell nicht zusätzlich zu belasten. Beispielsweise wären kostenlose und auf kurze Zeitspanne beschränkte Bildungsangebote anzudenken.

Für Anbieter*innen von Bildungsangeboten stellen sich noch weitere Fragen:

1. Wie können Freiwillige erreicht werden? Eine stärkere Vernetzung innerhalb des freiwilligen Engagements für Geflüchtete könnte hierbei den Zugang erleichtern.
2. Wie werden Bildungsmaterial und Informationen angeboten? In diesem Zusammenhang spielen die zuvor diskutierten Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle, wobei das Potenzial von digitalen Lernformaten genutzt werden kann, indem ein zeit- und ortsunabhängiges Angebot für Freiwillige geschaffen wird. Dadurch könnten auch jene Freiwilligen angesprochen werden, die aus verschiedenen Gründen kein Interesse an der persönlichen Anwesenheit bei einem non-formalen Bildungsangebot haben und dennoch Unterstützung benötigen.
3. Wie kann ein umfassendes Netz an Betreuung geschaffen werden, um Freiwillige auch abseits von Bildungsangeboten unterstützen zu können? Denn neben Bildungsangeboten nannten die Freiwilligen in den Interviews weitere Unterstützungsleistungen, die sie sich wünschen, bspw. eine bessere Betreuung und Begleitung im freiwilligen Engagement oder eine stärkere Vernetzung von Freiwilligen und Projekten. Auch die gesellschaftspolitische Situation wurde mehrmals in den Interviews angesprochen, die das freiwillige Flüchtlingsengagement enorm beeinflusst.

Aus der der Beschäftigung mit der gesellschaftspolitischen Situation stammte schließlich der Wunsch von Interviewpartner*innen, die gesamte Bevölkerung für die Situation von Geflüchteten stärker zu sensibilisieren, damit auch das Engagement der Freiwilligen selbst mehr Anerkennung erhält.

5.2 Weiterbildungsbedarfe

Die von Frau Kulmer identifizierten Bedarfe an non-formalen Weiterbildungsangeboten decken sich mit den Ergebnissen der Gesamterhebung und fundieren diese durch die Erweiterung des Samples und

die spezifischere Ausrichtung der Fragestellungen. Darüber hinausgehend ließen sich weitere Weiterbildungsbedarfe formulieren. Für Freiwillige wurde festgestellt, dass einerseits Weiterbildungen auf der Ebene des Managements und der Öffentlichkeitsarbeit hilfreich wären. Andererseits bedarf es des Rahmens und der Möglichkeiten, die eigenen Tätigkeiten professionell begleitet reflektieren zu können. Dies betrifft bspw. das Verhältnis zwischen Unterstützenden und Geflüchteten (inkl. der eigenen Erwartungen an die Geflüchteten), den Umgang mit Anfeindungen als Freiwillige, mit eigenen Enttäuschungen über das österreichische Rechts- und Gesellschaftssystem, sowie den Umgang mit den schwierigen Lebenssituationen und der Vulnerabilität der Geflüchteten. Wie oben angesprochen, wurden auch Weiterbildungsbedarfe der breiten Öffentlichkeit deutlich. Die Interviews lassen darauf schließen, dass insbesondere die Medien und die Verwaltung ihre Arbeit qualitätsvoller leisten könnten, wenn sie in Bezug auf bestimmte Aspekte Bildungsangebote zur Verfügung gestellt bekommen würden (etwa hinsichtlich des Wissens über Herkunftsländer oder des sensiblen Umgangs mit Menschen, die traumatisiert sind oder sein könnten).

6 Konklusion

Die Studie zeigte vielfältige Motive für ein Engagement im Bereich Flucht. Obwohl nicht wenige Freiwillige sich selbst als nicht politisch und als rein humanitär motiviert bezeichnen, hat ihr Einsatz doch eine wesentliche gesellschaftspolitische Funktion. Auch bei einem zunächst rein humanitär motivierten Engagement bildet sich oftmals im Lauf der Tätigkeit ein differenziertes Verständnis von politischen Zusammenhängen heraus. Freiwillige erfuhren nicht nur, wie Politik auf das Leben Einzelner konkret einwirkt, sondern begannen Strategien zu entfalten, um unter den gegebenen Bedingungen konstruktiv handeln können. Die Freiwilligentätigkeit entwickelte sich fallweise von einer „social movement citizenship“ hin zu einer so genannten „social change citizenship“. Das bedeutet, dass Akteur*innen mit der Zeit ihren Handlungsradius von der Unterstützung einzelner Geflüchteter hin zu Bewusstseinsbildungsangeboten für die kommunale Bevölkerung erweiterten und ihr Handeln auf die Veränderung politischer und sozialer Verhältnisse abzielt. In der Freiwilligenarbeit für Geflüchtete wird somit eine „postkommunitäre Solidarität“ (Mecheril 2014) sichtbar. Diese umfasst auch den Einsatz für Verhältnisse, die die Entfaltung von Menschen – unabhängig davon, ob sie mir fremd oder vertraut sind – befördern.

Die Ergebnisse der Studie zeigen Handlungspotenziale des freiwilligen Engagements auf, die zu einem besseren solidarischen, „ungeteilten“ Miteinander beitragen könnten. Der Staat sollte in die Verantwortung genommen werden, die Teilhabechancen für Geflüchtete zu erhöhen. Außerdem sollte die fundiertere und transparentere Informationsweitergabe an die Freiwilligen selbst gewährleistet werden. Ebenso müssen Maßnahmen gegen Fake News oder Halbwahrheiten ergriffen werden und die Öffentlichkeit, die Medien und die Verwaltung über gesellschaftspolitische Zusammenhänge besser aufgeklärt werden. Natürlich ist die Unterstützung der Freiwilligen auch eine Ressourcenfrage: sei es mittels Sachmitteln oder der Förderung von Strukturen und Personal. Schließlich sollten die Erfahrungen der Freiwilligen nicht im leeren Raum „verpuffen“: Kommunikationsstrukturen zwischen den Freiwilligen sollten – ebenso wie zwischen Freiwilligen, hauptamtlich Tätigen und Entscheidungsträger*innen – auf- und ausgebaut werden.

Diese Maßnahmen könnten Freiwillige in ihren Tätigkeiten für Geflüchtete und für ein gelungenes Miteinander ebenso stärken, wie der Ausbau von Weiterbildungsangeboten in diesem Bereich.